

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	<b>24.04.2024</b>
Thema	<b>Keine Einschränkung</b>
Schlagworte	<b>Keine Einschränkung</b>
Akteure	<b>Vereinigte Staaten von Amerika (USA)</b>
Prozesstypen	<b>Postulat</b>
Datum	<b>01.01.1965 - 01.01.2021</b>

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Ammann, Amando  
Benteli, Marianne  
Burgos, Elie  
Bühlmann, Marc  
Gerber, Marlène  
Hirter, Hans  
Hulliger, Caroline  
Porcellana, Diane  
Zumbach, David

## Bevorzugte Zitierweise

Ammann, Amando; Benteli, Marianne; Burgos, Elie; Bühlmann, Marc; Gerber, Marlène; Hirter, Hans; Hulliger, Caroline; Porcellana, Diane; Zumbach, David 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Postulat, Vereinigte Staaten von Amerika (USA), 1990 - 2019*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 24.04.2024.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Allgemeine Chronik</b>	1
<b>Grundlagen der Staatsordnung</b>	1
Rechtsordnung	1
Rechtshilfe	1
Institutionen und Volksrechte	1
Wahl- und Abstimmungsverfahren	1
<b>Aussenpolitik</b>	2
Aussenwirtschaftspolitik	2
<b>Wirtschaft</b>	3
Landwirtschaft	3
Internationale Landwirtschaftspolitik	3
<b>Öffentliche Finanzen</b>	3
Finanz- und Ausgabenordnung	3
<b>Infrastruktur und Lebensraum</b>	4
Umweltschutz	4
Naturgefahren	4
<b>Sozialpolitik</b>	4
Gesundheit, Sozialhilfe, Sport	4
Gesundheitspolitik	4
<b>Bildung, Kultur und Medien</b>	4
Kultur, Sprache, Kirchen	4
Urheberrecht	4

## Abkürzungsverzeichnis

<b>EJPD</b>	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
<b>WTO</b>	Welthandelsorganisation
<b>SECO</b>	Staatssekretariat für Wirtschaft
<b>EU</b>	Europäische Union
<b>EDA</b>	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
<b>TTIP</b>	Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft
<b>TiSA</b>	Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen

---

<b>DFJP</b>	Département fédéral de justice et police
<b>OMC</b>	Organisation mondiale du commerce
<b>SECO</b>	Secrétariat d'Etat à l'économie
<b>UE</b>	Union européenne
<b>DFAE</b>	Département fédéral des affaires étrangères
<b>TTIP</b>	Transatlantic Trade and Investment Partnership
<b>ACS</b>	Accord sur le Commerce des Services

# Allgemeine Chronik

## Grundlagen der Staatsordnung

### Rechtsordnung

#### Rechtshilfe

POSTULAT  
DATUM: 23.03.1990  
HANS HIRTER

Insbesondere der Fall des früheren philippinischen Staatsoberhauptes Marcos hatte auch dem Bundesrat vor Augen geführt, dass das gültige Rechtshilfeverfahren in Strafsachen durch die Ausschöpfung sämtlicher kantonaler und eidgenössischer Rechtsmittel in nicht akzeptabler Weise verschleppt werden kann. Er beauftragte deshalb anfangs Jahr das EJPD mit der Ausarbeitung eines Entwurfs für die **Revision des Bundesgesetzes über die internationale Rechtshilfe** und des Rechtshilfevertrags mit den USA. Namentlich durch eine Neuformulierung der zulässigen Rechtsmittel und durch zusätzliche Eingriffsmöglichkeiten des Bundesamtes für Polizeiwesen soll eine **Straffung** des Verfahrens erzielt werden. Einen anderen Weg zur Verfahrensbeschleunigung brachte Nationalrat Scheidegger (fdp, SO) in die Diskussion ein. Er regte mit einem vom Rat überwiesenen Postulat an, dass der Bundesrat mit Entwicklungsländern Staatsverträge nach dem Vorbild des Rechtshilfeabkommens mit den USA abschliessen soll.<sup>1</sup>

POSTULAT  
DATUM: 28.02.1994  
HANS HIRTER

In seiner Antwort auf eine in ein Postulat umgewandelte Motion Rechsteiner (sp, SG) hielt der Bundesrat fest, dass sich der strafrechtliche Begriff Bestechung in der Schweiz, wie auch sonst überall ausser den USA, nur auf die Bestechung einheimischer Beamter bezieht. Da die entsprechenden Gebräuche und Rechtsvorschriften je nach Land sehr unterschiedlich seien, sei die Forderung Rechsteiners nach einer schweizerischen **Strafnorm zur Verhinderung von Bestechungszahlungen an ausländische Behörden** als nicht praktikabel abzulehnen.<sup>2</sup>

### Institutionen und Volksrechte

#### Wahl- und Abstimmungsverfahren

POSTULAT  
DATUM: 12.06.2017  
MARC BÜHLMANN

Einen Bericht zu einer **medienbruchfreien Stimmabgabe** fordert Marcel Dobler (fdp, SG) in seinem Postulat. Das im Moment in einigen Kantonen praktizierte Vote électronique sei nämlich noch kein echtes E-Voting-Verfahren, sondern lediglich eine Alternative zur brieflichen oder physischen Stimmabgabe im Wahllokal. Alle Unterlagen, inklusive des als Authentifizierung dienenden Stimmrechtsausweises, werden nach wie vor in Papierform zugestellt. Ein Vorteil der Digitalisierung sei nun aber, dass alle Unterlagen elektronisch abrufbar wären. Der Bundesrat hatte zwar die Annahme des Postulats beantragt, dieses wurde allerdings von Franz Grüter (svp, LU) bekämpft, so dass es in der Sommersession recht eingehend diskutiert wurde. Grüter machte dort geltend, dass sich mit dem Schlagwort Digitalisierung nicht alles rechtfertigen lasse. Mit E-Voting werde die Demokratie gefährdet. Cyberkriminalität mache vor E-Voting-Systemen nicht halt – der selber in der IT-Branche tätige Luzerner erwähnte die vermuteten Wahlmanipulationen in den USA, in Frankreich und in England – und es gebe nach wie vor grosse Sicherheitsmängel. Dies sei mit dem demokratischen hohen Anspruch, der an die Sicherheit von Wahlen und Abstimmungen gestellt werde, nicht vereinbar. Es sei deshalb besser, auf Experimente zu verzichten. In der Debatte wurde darauf hingewiesen, dass es sich ja nur um einen Bericht und nicht um die Einführung eines neuen Systems handle und dass auch die Briefwahl letztlich nicht vor Manipulation gefeit sei. Zudem funktioniere E-Voting für Auslandschweizerinnen und -schweizer gut. Bundeskanzler Thurnherr zeigte sich überrascht über die Grundsatzdiskussion. Der Bundesrat habe ja eigentlich schon Anfang April 2017 beschlossen, die Versuchsphase von E-Voting zu beenden und in den ordentlichen Betrieb zu überführen. Eine Expertengruppe würde nun die Fragen, die in der Diskussion aufgeworfen und vom Postulat angeregt worden seien, genauer prüfen. Deshalb sei der Bundesrat auch für eine Annahme des Vorstosses. Dass die flächendeckende Einführung von E-Voting wohl noch auf Widerstand stossen wird, zeigte sich am Abstimmungsresultat. Zwar wurde das Postulat mit 87 zu 73 Stimmen bei 12 Enthaltungen angenommen. Die Grüne Fraktion (8 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen), die SVP-Fraktion (60 Nein-Stimmen und eine Enthaltung) sowie vereinzelt Mitglieder aller restlichen Fraktionen – mit Ausnahme der BDP-Fraktion, die

geschlossen Ja stimmte – zeigten sich aber eher skeptisch.<sup>3</sup>

## Aussenpolitik

### Aussenpolitik

#### POSTULAT

DATUM: 12.06.2014  
CAROLINE HULLIGER

Swissnex repräsentiert die wissenschaftliche Schweiz im Ausland und hat die Aufgabe, die Leistung der Schweiz im Bereich der Wissenschaften zu erhalten, aber auch die Diplomatie. Es geht auch um einen Kommunikationsweg mit den Schweizer Wissenschaftler:innen im Ausland. Die Struktur von Swissnex ist einzigartig, da es sich um zwei Abteilungen handelt, die das Netzwerk gemeinsam verwalten: das Sekretariat des Bundesrates für Bildung und Forschung sowie das DFAE. Aktuell sind die Schweizer Botschaften in fünf Ländern: in den USA (San Francisco und Boston), Singapur, China (Shanghai) und in Indien (Bangalore). Das Postulat Derder (PLR, VD) fordert den Bundesrat, einen Bericht über das Netzwerk Swissnex zu erstellen. Es geht darum, einen langfristigen Aktionsplan für diese "Wissenschaftsdiplomatie" zu erstellen und die Anzahl der Repräsentationen, insbesondere in den strategischen Partnerländern für Wissenschaft und Technologie wie Südkorea, Japan, Brasilien, Südafrika und Russland.

Der Bundesrat hat vorgeschlagen, das Postulat abzulehnen, indem er angibt, dass der Weg für Swissnex bereits durch das Programm zur Förderung der Ausbildung, der Forschung und der Innovation 2013–2016 (FRI) und andererseits durch die Strategie der Auswärtigen Politik 2012–2015 abgedeckt ist. Dennoch hat der Nationalrat am 12. Juni 2014 das Postulat Derder **für eine feuille de route zur Verdoppelung des Swissnex-Netzwerks** mit 113 Stimmen gegen 71 (5 Enthaltungen) angenommen.<sup>4</sup>

### Aussenwirtschaftspolitik

#### POSTULAT

DATUM: 17.06.2005  
ELIE BURGOS

Der Nationalratler Gerhard Pfister (PDC, ZG) hat am Anfang des Jahres ein Postulat eingereicht, das sich mit dem Thema des freien Handels mit den USA befasst. Der Abgeordnete forderte die Regierung, einen **Bericht über ein mögliches Abkommen**, das die Vorteile und Nachteile für die Schweiz und ihre Wirtschaft, sowie die Auswirkungen auf die Beziehungen der Schweiz mit der EU, einerseits, und mit der OMC, andererseits, darlegt. Die Diskussion über dieses Thema wurde schließlich aufgeschoben, da der Abgeordnete Geri Müller (PE, AG) eine Opposition eingebracht hat.<sup>5</sup>

#### POSTULAT

DATUM: 29.02.2016  
AMANDO AMMANN

Gerhard Pfister (CVP, LU) hat im Dezember 2014 ein Postulat zur **Überprüfung der Schweizer Opportunitätsstrategie im Freihandel zwischen der EU und den USA** eingereicht. Pfister erwartete vom Bundesrat einen Bericht, der die Schweizer Strategie im Falle des Zustandekommens des TTIP zwischen den USA und der EU und des TiSA zeigt. Da die EU und die USA die beiden wichtigsten Handelspartner der Schweiz sind, muss sich die Schweiz hinsichtlich der neuen Handelsabkommen positionieren, erklärte Pfister. Er forderte eine Strategie, die denjenigen entgegenzusetzen ist, die sich kritisch gegenüber einem Schweizer Zugang zum TTIP äussern, denn dies bietet «grosse Potenziale und Chancen».

In seiner Stellungnahme verwies der Bundesrat auf eine Arbeitsgruppe des Seco und zwei in Auftrag gegebene Studien, die die Auswirkungen des TTIP auf die Schweiz evaluieren sollten. Die Strategie der Schweiz wird jedoch erst formuliert, wenn der Inhalt des TTIP bekannt ist. Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz zu erhalten und gleichzeitig die sektorale Entwicklung, die ökologischen Konsequenzen des Abkommens sowie die Wechselkursentwicklung zu berücksichtigen. An den Verhandlungen über das TiSA nimmt die Schweiz teil, doch auch diese sind noch nicht abgeschlossen. Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulats.

Das Postulat wurde von Jean Christophe Schwaab (SP, VD) bekämpft, wodurch es in der Wintersession 2016 zu einer Debatte im Nationalrat kam. Postulant Pfister erwiderte, dass die Bekämpfung dieses «harmlosen» Postulats eine Gesprächsverweigerung der Gegenseite gleichkomme, denn es sei die Aufgabe des Parlaments zu diskutieren, wie man in solchen Fragen vorgehen sollte. Jacqueline Badran (SP, ZH) bemängelte, dass sich Pfister ausschließlich auf die Chancen der Handelsabkommen konzentriere, obwohl diese doch für die Schweiz «massiven Schaden» mit sich bringen würden. Auch Nationalrat Schwaab, der das Postulat bekämpft hatte, äusserte seine Sorgen hinsichtlich des Schadens, den insbesondere die Schweizer Landwirtschaft durch das TTIP erleiden würde. Schwaab sah gar die demokratischen

Grundlagen in Gefahr, denn die Schiedsgerichte, welche die Umsetzung des TTIP mit sich brächte, kämen den von der SVP so oft kritisierten «fremden Richtern» gleich. Bundesrat Schneider-Ammann forderte den Nationalrat auf, das Postulat anzunehmen, denn das TTIP werde kommen und wenn die Schweiz die Nachteile für ihre Wirtschaft gering halten wolle, so bliebe «nicht beliebig viel Zeit». Der Nationalrat nahm die mahnenden Worte zur Kenntnis und das Postulat mit 142 zu 49 Stimmen (bei 1 Enthaltung) an. Die Nein-Stimmen stammten vonseiten der Grünen, der SP und der SVP.<sup>6</sup>

**POSTULAT**  
DATUM: 18.06.2019  
AMANDO AMMANN

Der Bundesrat hatte dem Parlament gegenüber die Absicht geäußert, gemäss der Forderung des Postulanten Pfisters (cvp, ZG), eine **Strategie gegenüber der TTIP zu erarbeiten**, sobald der Inhalt des Abkommens bekannt sei. Gleiches galt hinsichtlich des TiSA. Da die Verhandlungen beider Abkommen abgebrochen wurden, konnte der Forderung des Postulats nicht mehr Folge geleistet werden. Der Bundesrat beantragte daher die **Abschreibung des Postulats**. Diese erfolgte in der Sommersession 2019 durch den Nationalrat.<sup>7</sup>

## Wirtschaft

### Landwirtschaft

#### Internationale Landwirtschaftspolitik

**POSTULAT**  
DATUM: 07.10.2005  
ELIE BURGOS

Le Conseil national a adopté en fin d'année, sur proposition du gouvernement, un postulat Walter (udc, TG) qui demandait à ce dernier d'analyser les **conséquences** qu'auraient **de nouveaux accords de libre-échange** – notamment avec les Etats-Unis – en rapport avec le dossier agricole du cycle de négociations de Doha de l'OMC. Le député, président de l'USP, demandait également que soit examinée la compatibilité d'un traité bilatéral avec les Etats-Unis qui toucherait les produits agricoles avec les résultats du cycle de négociations en cours à l'OMC.<sup>8</sup>

## Öffentliche Finanzen

### Finanz- und Ausgabenordnung

**POSTULAT**  
DATUM: 18.06.2014  
DAVID ZUMBACH

Im Juni 2014 befasste sich der Nationalrat mit der Frage der **steuerlichen Abzugsfähigkeit von Bussen** gegen natürliche und juristische Personen, die im Zuge des US-Steuerstreits und einer Busse gegen die Grossbank Credit Suisse in der Höhe von CHF 2,8 Mrd. hohe Wellen schlug. Eine Mehrheit des Nationalrats kritisierte die Möglichkeit der Banken, einen Teil ihrer Bussen von den Steuern abziehen zu können und überwies mit 99 zu 81 Stimmen bei 6 Enthaltungen ein Postulat Leutenegger Oberholzer (sp, BL), das den Bundesrat beauftragte, die rechtliche Situation zu klären und dem Parlament in einem Bericht darzulegen, wie Bussen und andere finanzielle Sanktionen von natürlichen und juristischen Personen steuerlich beim Bund und in den einzelnen Kantonen behandelt werden. Bekämpft wurde das Postulat namentlich von Ruedi Noser (fdp, ZH), der argumentierte, dass nicht in jedem Fall klar sei, welcher Anteil einer Busse strafrechtlichen Charakter habe. Gewisse Bussen würden auch einen Teil Gewinnabschöpfung enthalten. Zudem gäbe es auch immer wieder Bussen, die im Ausland ausgesprochen würden, bei denen die "Rechtsstaatlichkeit teilweise fraglich" sei. In der gleichen Debatte lehnte der Nationalrat eine Motion Schelbert (gp, LU) ab. Diese forderte, dass alle Folgekosten (Verhandlungen, Verwaltung und Gerichte) aus der Bereinigung des Steuerstreits mit den USA den Finanzinstituten auferlegt werden.<sup>9</sup>

## Infrastruktur und Lebensraum

### Umweltschutz

#### Naturgefahren

POSTULAT  
DATUM: 12.06.2017  
DIANE PORCELLANA

Le postulat, intitulé **prévenir et compenser les risques naturels au sein de l'agriculture**, a finalement été **classé** par le Conseil national. Il l'a fait sur proposition du Conseil fédéral, qui considérait avoir atteint l'objectif de l'intervention parlementaire avec son rapport "Politiques agricoles. Comparaison internationale axée sur la prise en considération des risques". Le rapport fait ressortir, que le champ d'action des politiques agricoles menées en Suisse et dans l'Union européenne est plus vaste que celui du Canada et des Etats-Unis. Alors que ces deux derniers pays recourent à des instruments de gestion des risques, la Suisse privilégie les paiements directs pour assurer et encourager la fourniture des prestations demandées par la société. Les assurances privées permettent de couvrir suffisamment les risques susceptibles d'affecter la production. Le rapport conclut que la Suisse n'a pas besoin d'introduire de nouveaux instruments de gestion des risques ou de soutenir financièrement des mesures privées. Toutefois, le Conseil fédéral s'informerait quant à l'évolution des politiques agricoles étrangères et quant à leurs instruments de gestion des risques.<sup>10</sup>

## Sozialpolitik

### Gesundheit, Sozialhilfe, Sport

#### Gesundheitspolitik

POSTULAT  
DATUM: 13.12.1991  
MARIANNE BENTELI

Mit ein Grund für die steigenden Kosten im Gesundheitswesen sind die von verschiedenen Untersuchungen belegten **überflüssigen Spitalleistungen** besonders im Bereich der Chirurgie und Gynäkologie. Gesamthaft ist in der Schweiz die Spitalaufenthaltsdauer für den gleichen Krankheitsfall zwei bis dreimal höher als etwa in den USA. Fachleute aus dem Pflegebereich vertraten deshalb die Ansicht, es liessen sich mit Sicherheit Leistungen abbauen, ohne dass die Patientinnen und Patienten Schaden nähmen. Sie wiesen aber auch darauf hin, dass, solange die Patienten im Spital weniger bezahlen müssen als bei ambulanter Behandlung und Pflege zuhause (Spitex), es schwierig sein dürfte, sie zum Verzicht auf Spitalleistungen zu bewegen. In einem überwiesenen Postulat regte Nationalrätin Segmüller (cvp, SG; Po. 91.3355) an, die Verordnung zum Krankenversicherungsgesetz in dem Sinn zu ändern, dass Versicherte bei ambulanten Operationen von Franchise und Selbstbehalt befreit werden, dass also gleiche Bedingungen für stationäre und ambulante Eingriffe geschaffen werden.<sup>11</sup>

## Bildung, Kultur und Medien

### Kultur, Sprache, Kirchen

#### Urheberrecht

POSTULAT  
DATUM: 25.05.2016  
MARLÈNE GERBER

Der **Bericht des Bundesrates** in Erfüllung eines Postulats Luginbühl (bdp, BE) ergab, dass die Schweiz zu einem der wenigen europäischen Ländern zählt, die kein **Folgerecht** kennen, bzw. wo Künstlerinnen und Künstler bei Weiterverkauf ihrer Werke nicht am Erlös beteiligt werden. Trotzdem kommt der Bundesrat zum Schluss, dass die Einführung des Folgerechtes, wie in einer 2013 gestarteten Kampagne der Künstlerverbände Visarte und Swissculture gefordert, nicht zielführend sei. Erfahrungen aus der EU zeigten, dass nur wenige Personen – erfolgreiche Kunstschafterinnen und deren Erben – von einer solchen Regelung profitieren würden. Wenn die Erlöse alternativ in einen Kultur- und Sozialfonds eingezahlt würden, könnte immerhin ein breiterer Kreis von Künstlerinnen und Künstlern davon profitieren, allerdings würden die geschätzten Einnahmen aus dem Folgerecht in der Schweiz (CHF 2 Mio.) nur einen unbedeutend kleinen Teil der gesamten Kulturförderung (CHF 2,7 Mrd.) ausmachen. Ferner könnten negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit eines Kunsthandelsplatzes oder Verlagerungskosten nicht ausgeschlossen werden. Nicht zuletzt, so der Bundesrat, verfügten die zwei grössten Kunsthandelsplätze, China und die USA, ebenfalls über kein Folgerecht und auch Bestrebungen einzelner Staaten auf internationaler Ebene seien kürzlich am Widerstand anderer Staaten gescheitert. In der Schweiz seien die Kunsthandelsverbände gegen die Einführung eines solchen

Rechtes, wie der Bundesrat mit Verweis auf die eingegangenen Stellungnahmen vom Schweizer Kunstverein (SKV) und vom Verband Kunstmarkt Schweiz (VKMS) beteuerte.<sup>12</sup>

---

1) AB NR, 1990, S. 710; BaZ, 18.1.90; GB BR 1990, S. 201 f.

2) AB NR, 1994, S. 585 f.

3) AB NR, 2017, S. 1025 ff.

4) BO CN 2014, p. 320s

5) BO CN, 2005, p. 952.

6) AB NR, 2015, S. 571; AB NR, 2016, S. 11 ff.; Cottier et al. (2014). Potential Impacts; Po. 14.4186

7) BBl, 2019, S. 2976

8) BO CN, 2005, p. 1510.

9) AB NR, 2014, S. 1151 ff.; Mo. 13.3710; AB NR, 2014, S. 1159; Po. 14.3087; AB NR, 2014, S. 1159; NZZ, 19.6.14

10) Rapport du Conseil fédéral-Politiques agricoles. Comparaison internationale axée sur la prise en considération des risques

11) Amtl. Bull. NR, 1991, S. 2504.; Bund, 23.8.91; BaZ, 24.8.91; BZ, 10.9.91. TA, 28.11.91.

12) Bericht BR vom 25.5.16